

The Future is freiwillig – Engagement ohne Pflicht

Die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste sprechen sich für eine Stärkung der Freiwilligendienste und gegen Pflichtdienste aus

In einem heute veröffentlichten Positionspapier erteilen die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) den Vorschlägen für einen sozialen Pflichtdienst eine klare Absage und fordern eine deutliche Stärkung der Freiwilligendienste. “Statt der aktuell drohenden Kürzungen der Förderung bedarf es – nicht nur angesichts der derzeitigen massiven Preissteigerungen – einer Erhöhung der Bundesmittel für die Freiwilligendienste, um die bisherige Qualität auch zukünftig sicherstellen zu können,“ heißt es in dem Positionspapier, das heute an die Vorstände und die Fraktionen der im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien verschickt wurde.

Jedes Jahr leisten rund 100.000 überwiegend junge Menschen in Deutschland einen Freiwilligendienst. Die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste organisieren seit über 70 Jahren verschiedenste Formen von Freiwilligendiensten. Der Verein setzt sich dafür ein, die Rahmenbedingungen der Freiwilligendienste als eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements weiter zu verbessern.

Die ijgd machen deutlich, dass Engagement, das auf Freiwilligkeit basiert, einen wirksameren Beitrag für die Stärkung der Zivilgesellschaft leisten kann. Prägende Lern- und Lebenserfahrungen gelingen den Expert*innen für Freiwilligendienste zufolge vor allem dort, wo eine positive Grundmotivation und anregende Rahmenbedingungen zusammentreffen. Pflicht und Zwang behindern nachhaltige Lernprozesse. Dies gilt insbesondere für soziales Lernen, weil dafür positive Gruppenprozesse in Gang gesetzt werden müssen, die sich in einem Pflichtkontext schwer initiieren lassen.

Die Vorstellung, dass ein Pflichtdienst zum sozialen Kitt der Gesellschaft werden könnte, geht an der Realität vorbei, heißt es im Positionspapier. Solidarität, Empathie und Gemeinsinn können nicht erzwungen werden. Wer wirklich an einem stärkeren Zusammenhalt der Gesellschaft interessiert ist, muss an anderen Stellen ansetzen. Dazu gehört es, der weiter wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich entgegenzuwirken, Teilhabe von Minderheiten weiter zu verbessern und nicht zuletzt über das dreigliedrige Schulsystem nachzudenken, statt nach der Schule zwangsweise zusammenführen zu wollen, was vorher fein säuberlich getrennt wurde.

Die Förderung des ehrenamtlichen Engagements gelingt laut dem Positionspapier nur mit Freiwilligkeit: “Eine Zivilgesellschaft wächst nicht dort, wo Vorgaben gemacht werden, sondern da, wo sich Menschen frei entscheiden und echte Selbstwirksamkeit erleben können.”

Die ijgd warnen zudem eindringlich davor, die Debatte um ein Pflichtjahr mit dem Personal- und Fachkräftemangel in der Pflege zu verknüpfen. Der Pflegenotstand kann nicht mit Hilfskräften auf Taschengeldebasis bekämpft werden. Eine Entprofessionalisierung sozialer Berufe ist ebenso wenig erstrebenswert wie, dass die Wertschätzung dieser Berufe und pflegebedürftige Menschen unter dem verpflichtenden Einsatz ungelernter Kräfte leiden.

Statt der Einführung eines allgemeinen Pflichtdienstes fordern die ijgd eine weitere Stärkung und Verbesserung der Bedingungen für die bereits seit langem gut funktionierenden Freiwilligendienste. Hierzu zählt vor allem die finanzielle Absicherung der Freiwilligendienste: Das Freiwillige Soziale Jahr und der Bundesfreiwilligendienst sind aktuell durch eine dauerhafte Reduzierung der Mittel im Bundeshaushalt ab 2024 mindestens um 30 Mio. Euro bedroht.

Neben der Erhöhung der Bundesmittel fordert das ijgd-Positionspapier weitere Maßnahmen, um

die Freiwilligendienste zu stärken: Öffentlichkeitsarbeit muss gefördert werden, um Freiwilligendienste bekannter zu machen. Das Taschengeld muss erhöht werden, um eine Teilhabe an den Freiwilligendiensten unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu eröffnen. Und der Schlüssel für die pädagogische Begleitung der Freiwilligen muss verbessert werden, um Inklusion und gesellschaftliche Integration sicherzustellen.

Diese Maßnahmen würden weit mehr zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen als ein Pflichtjahr und wären im Vergleich dazu mit einem Bruchteil der finanziellen Mittel umsetzbar.

Den Wortlaut des Positionspapiers finden Sie unter www.ijgd.de/positionspapier-freiwilligkeit

Für alle Rückfragen, Vermittlung von Gesprächspartner*innen und Bildmaterial, wenden Sie sich gerne an:

Jakob Hermens und Klara Bitzer
Bundeskoordination Öffentlichkeitsarbeit

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) – Bundesverein e.V.
Sedanstraße 75
30161 Hannover

Telefon: 0511-13229751
presse@ijgd.de

Die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd)

Die ijgd sind ein unabhängiger, gemeinnütziger Verein der internationalen Jugendarbeit, anerkannter freier Träger der Jugendhilfe und eine der größten und ältesten Workcamp-Organisationen in Deutschland.

Im Jahr 1949 wurden die ijgd in Hannover gegründet. Schüler*innen organisierten nach dem Zweiten Weltkrieg die ersten Workcamps, um den Wiederaufbau zu unterstützen, Feindbilder durch internationale Kontakte abzubauen und nach neuen, demokratischen Visionen für eine friedliche Zukunft zu suchen.

Als gemeinnützige Fachorganisation organisieren die ijgd kurz-, mittel- und langfristige Freiwilligendienste im In- und Ausland. Die Tätigkeitsfelder liegen unter anderem in den Bereichen Soziales, Ökologie, Demokratie und Denkmalpflege. Jedes Jahr begleiten die ijgd rund 4.000 junge Menschen in den Freiwilligendiensten in Deutschland, Europa und weltweit.

Weitere Infos: www.ijgd.de/ueber-uns